

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bezugspreis ist in allen Buchläden erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossen, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Postausgabe für den Monat ist Haus 2 KRM. (halbmonatlich 1 KRM); durch die Post bezogen monatlich 9 KRM (ohne Aufstellungspflicht) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-Al. Geschäftsschule und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Garnisch-Sammelnummer 14191 / Postfach 13333 Dresden-Al. 17299 Dresden-Al. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Sachen besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Sonnabend, den 29. Mai 1926

Nummer 122

Probillierung für den Volksentscheid!

An die Partei!

Die gewaltige Kundgebung anlässlich des 1. Mai des Roten Frontkämpferbundes hat bewiesen, daß die Organisierung der proletarischen Einheitsfront vorwärts geht. Jämer größer wird die Sympathie der arbeitenden Massen für den revolutionären Kampf, für den Kampf um alle proletarischen Forderungen und gegen das Unternehmertum, keine reaktionäre Regierung und ihre militärischen Kampfverbände.

Am 20. Juni, am Tag des Volksentscheids zur Entwicklung der Kultur, muß die proletarische Einheitsfront zur blutigen Entstaltung gebracht werden.

Die Kommunisten haben die Initiative zum Volksentscheid ergriffen, sie müssen den Kampf Siegreich zu Ende führen.

Wollt uns sind uns gesagt — wie müssen an ihrer Spitze stehen? Wir müssen im Kampf um die Entwicklung der Kultur all das zusammenfassen, was die unterdrückten, arbeitenden Massen bewegen:

Der Krieg gegen die gekrönte Räuber ist der Krieg gegen den Kapitalismus und sein Städtestaat!

Die Solidarität des Unternehmertums mit dem Fürstentum ist durch vor dem Erwachen des Klassenbewußtseins zu bauen. Das Kapitol und seine Helfer fürchten die Revolution.

Agitieren, zieht sie in jede Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids hinein. Besonders Augenmerk der Aussicht unter dem vorsitzenden Kleinbürgertum. Dort wird die terroristische Gegenorganisation ihre Hauptkraft einlegen. Besonderes Augenmerk auf die ländlichen Bezirke. Hieran an die Landarbeiter und Kleinbauern!

Jede kommunistische Organisation ist verpflichtet, für diese Arbeit ihre besten und erfahrensten Agitatoren zu verwenden, die Agitation fortwährend und plannmäßig vorzubereiten.

Die Kommunisten führen nicht nur den besten revolutionären Teil der Arbeiterschaft — sie müssen schon unter der Herrschaft des Kapitals beweisen, daß sie fähig sind, über den ganzen revolutionären Volkes zu sein.

Die revolutionäre Selbstbewußtsein in die Kraft der Partei als bisher! Nicht an den revolutionären Blut der Arbeiterschaft!

Zum den Massen die nackte Wahrheit über die Pläne der Konservativen beim Volksentscheid! Sagt ihnen, daß die Regierung und ihre faschistischen Bürgerkriegstreiber bestimmt die Vorbereitungen treffen, um die Abstimmung breiter Massen mit allen Mitteln des Terrors zu verhindern. Nicht nur 20 Millionen, sondern das ganze deutsche Volk soll die Ankündigung Stresemanns hören:

„In Deutschland wird sich keine Regierung finden, die die Volksstimme durchführen wird.“

Keine kapitalistische Regierung — aber die Regierung der Arbeiter und armen Bauern!

Sagt den Massen, daß gerade wegen dieser Ankündigung der Kapitalisten alle Kräfte zusammengekommen werden müssen, um 20 Millionen Stimmen zu erreichen.

Wenn diese 20 Millionen schon vor der Abstimmung zu einer entschlossenen Kampfsgemeinschaft zusammengeschmolzen sein werden — dann wird das werktägige Volk dem konterrevolutionären Angriff zu begegnen wissen.

Dann wird der Volksentscheid durchgeführt werden — durch die Massen selbst!

Die sozialdemokratischen Führer lehnen es ab, eine Einheitsfront der Werktagen im Kampf gegen die kürzlichen Räuber zu schaffen. Über die sozialdemokratischen Arbeiter sind diesmal in ihrer überwältigenden Mehrheit auf unserer Seite.

Organisiert mit ihnen und allen anderen Arbeitern die Einheitskampflos.

Die Kampforgane der Einheitsfront!

Agitiert mit ihnen, zieht sie in jede Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids hinein. Besonders Augenmerk der Aussicht unter dem vorsitzenden Kleinbürgertum. Dort wird die terroristische Gegenorganisation ihre Hauptkraft einlegen. Besonderes Augenmerk auf die ländlichen Bezirke. Hieran an die Landarbeiter und Kleinbauern!

Jede kommunistische Organisation ist verpflichtet, für diese Arbeit ihre besten und erfahrensten Agitatoren zu verwenden, die Agitation fortwährend und plannmäßig vorzubereiten.

Vergebt nicht, daß große finanzielle Mittel gebraucht werden, um der Gegenaktion der bürgerlichen Parteien die Stirn biegen zu können.

Gehrt die Sammlungen auf alle Schichten des werktäglichen Volkes!

Arbeitet planmäßig und zielbewußt!

Füllt die Gewerbe der Massen mit Eurem revolutionären Geist!

Mobilisiert alle Kräfte der Partei!

Dann werden wir Siegen!

Zentralkomitee der KPD.
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Auslandswirtschaftswissenschaft

Von Arthur Rosenberg.

Wirtschaftskonflikt und Krieg ist in Gang. — Das Ende Ägyptens. — Der Parteitag der französischen Sozialisten. Engländer Klassejustiz. — Flaggeneid in Südafrika. — Die Budapester Judenkonferenz. — Der Tod Bettina. — Erfolge der Nationalpartei in China.

Man kann es verstehen warum die kapitalistischen Mächte auf der Abstimmungskonferenz des Völkerbundes keinen zwischenstaatlichen Abkommen haben wollen. Was sie in Gang innerhalb der Abstimmungskonferenz des Völkerbundes abspielen, war ja klar, daß man dabei keinen unbekannten Zeugen haben wollte. Das der Völkerbund mit die „Kürzung“ machte lassen würde, war von vornherein klar. Aber man konnte nicht erwarten, daß die kapitalistischen Mächte in Gang so offen reden würden. Die Abstimmungskommission hat eigentlich den Passformen offen verblieben die Delegierten benahmen sich so, als ob es ein Konkurrenzsituation schreiben wollten. Man unterschätzt sich über die Frage, was eigentlich eine Kürzung, eine Kriegsfläche ist. Das Sache stellt der französische Delegierte (der Sozialist Paul Bourouiba) fest, daß Frankreich überhaupt nicht darüber will. England verzichtete unter Würdigung, daß die französische Luftflotte verminder wird und Deutschland verzichtet darunter, daß seine Armeen im Verhältnis zu den fremden Heeren verhindert wird. Das alles und manches andere hat die Abstimmungskommission in einem langen Bericht verarbeitet, der dem Völkerbundsrat übergelegt werden soll. Das interessanteste an der Abstimmungskonferenz war aber, daß der verhinderte Artikel 16 des Völkerbund-Statuts wieder aus der Besprechung aufgenommen wurde. Die Delegierten Englands und Frankreichs entdeckten, daß erst dann eine Kürzung möglich wäre, wenn ganz der Völkerbund militärisch gestärkt wird. In dieser Prozedere machte ich auch der deutsche Delegierte Graf Bernstorff eifrig beteiligt. Mit der einen Hand unterschreibt also Herr Stresemann den deutsch-russischen Freundschaftsvertrag und mit der anderen Hand verzerrt er darauf, daß man den Völkerbund militärisch stärken soll. Dabei ist es doch ganz klar gegen ein Völkerbundskrieg sich nur richten könnte.

Die beiden großen Völkerbundmächte Frankreich und Spanien haben in Maroko die Vergeltungskrieg zu dem Generalkürzungsergebnis geleistet. Endlich ist es gelungen, das kleine Marokko und seinen Führer Abd el Krim niedergeworfen. Aber damit ist die Marokkofrage noch lange nicht gelöst. In der spanischen Zone befinden sich viele Gruppen, um deren Ausdehnung sich die europäischen Kapitalisten bald streiten werden. Es kommt darauf an, welcher Stärke demnächst den spanischen Strohmann vermögen wird. Die französische Regierung hofft, daß der Marokkostreit den weiteren Sturm der Franzen aufhalten wird; aber die Hoffnung ist darum trügerisch, weil ja die Kürzung von gewissen Teilen des französischen Großbourgeoisie gemacht gemacht wird. Die Verschlechterung der proletarischen Lebensbedingungen durch die Inflation läßt in Frankreich zu zahlreichen Pöhlkämpfen. Besonders wichtig sind die Streiks und Ausprierungen in der französischen Automobilindustrie, an denen viele Tausende Arbeiter beteiligt sind; unter Umständen kann daraus ein allgemeiner Kampf der französischen Metallarbeiter werden. Der Parteitag der französischen Sozialisten (Clermont-Ferrand) hat wie erwartet die Radikalisierung der Massen an anzusehen. Die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Radikalen wurde mit dreiviertel Mehrheit abgelehnt; die Mehrheit kommt ja über zu einem freien Betriebsrat zur Einheitsfront mit der KPD nicht ausschwingen.

In England dauert der Bergarbeiterstreik nun schon seit Wochen. Im immer steigenden Maße lädt er die britische Wirtschaft. Die Bourgeoisie kommt immer mehr in die Bürgermeisterschaft. Charakteristische Szenen spielen sich ab, als die Bergarbeiter, die während des Generalstreiks in London einsammlten waren, die Stadt wieder verließen. Der Durchmarsch der Gruppen durch die City führt zu großen nationalliberalen Demonstrationen. Eine Sammlung zugunsten der Polizei ergab in wenigen Tagen Millionenbeträgen, an der Spitze der Leistung standen natürlich die Großbauten. Die englischen Gewichte haben den letzten Schein der Imperialistität aufgegeben, eine Schmelzkugel steht die Rasse der Bourgeoisie für den Generalstreik dar. Es kam bereits vor, daß ein Arbeiter nur für den Sozialistischen Konservativen zwei Monate Zwangsarbeit erhielt. Die englische Justiz ist allerdings sehr weich zu Rieden. Es liegt auch bereits ein Gerichtsurteil vor, daß der Generalstreik an sich zum criminellen Verbrechen hempt. Infolgedessen sind die Illusionen über den neutralen, demokratischen Stimmkreislauf immer schwerer aufrecht zu erhalten.

Das britische Reich hat wieder verschiedene Reisen durchgemacht. Die Wahlen zum allgemeinen Parlament brachten einen überwältigenden Sieg der nationalen Oppositionspartei unter Führung Joseph Conrad. Die Regierungspartei wurde von den Wählern geradezu weggeschlagen. Zur selben Zeit hat Südafrika einen Flaggeneid ganz nach deutschem Muster. Die Regierung Herzog, in der eine radikale Bürgerpartei vertreten ist, will für Südafrika eine eigene Bundesregierung machen und bei der Delegationskonferenz die britische Nachfrage den Auton. Sud befehligen. Der rechtssteuernde Teil der Bourgeoisie in Südafrika ist darüber außerordentlich entzückt. Die Entscheidung im Parlament vor der Flaggeneide ist aber bisher noch nicht gefallen.

Im Palast ist zunächst eine Kommission eingetroffen. Man möchte auf den Zusammenschluß der Nationalversammlung, der für den 21. Mai angeplant ist. Dann wird sich entscheiden, ob der Wahlkampf mit den Stimmen der Reichsparteien zum Staats-

Der Kampf gegen den Volksentscheid

Der „Bundesblatt“ vom gestrigen Freitag weist von diesem Krieg zu berichten: Die Regierung will noch einmal einen Aufruf an den Reichstag für ein Gegeck zu gewinnen, das seinen aufzunehmenden Charakter trage, aber so gehalten sein soll, daß die interessierten Bürgerparteien daran einige können. Wie kleine Waffensmittel, das Bürgeramt von der Abstimmung trennen — für den Fall, daß der Reichstag nicht schon vor dem 20. Juni zu einem Abstimmung über die Kürzungserklärung gezwungen wird — wird eine gemeinsame Erklärung der in die Kürzung vertretenen Parteien in Ausfahrt genommen, die die Kürzung enthalten wird, daß sie alles unternehmen, um die Friedensabstimmung in gerechter und das Volk beschützender Weise zu regeln.

Die Regierung und die Fürstenkrüche lassen alle Minenminen am den Volksentscheid zu hinterziehen. Die Fürsten haben ihre alten Vermögen behalten. Die Armees der 20 Millionen, die für den Volksentscheid benötigt wird, soll durchzuhören werden. Von Seiten der sozialdemokratischen Führer hat es dabei den Reaktionären tapfer Haltungstellung gegeben. Daß Stände, die am 20. Juni geschlagen werden soll, ist von einer Schaltung mit dem gesamten arbeitende Volk. Wird die Schaltung mit allen die Kräfte mobilisieren, werden, den Kapitän zu halten, die Sabotage der Behörden zu brechen.

Wenn die Schlacht verloren, würden die Reaktionäre und Reaktionäre verlieren. Sie darf deshalb nicht verloren werden, wenn sie Sieg und Erfolg ist aber am besten darum zu gehen, wenn die gesamte Arbeiterschaft einig und gefestigt ist. Die KPD hat der SPD einen solchen geschlossen vereinbart, um sie davon abzulenken. Die SPD-Führerschaft lehnt aber die Arbeiterschaft ab. Der „Bundesblatt“ schreibt, man kann nicht zusammengehen, da es doch leicht zu Streitigkeiten zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern kommen kann. Die Staatswelt Halle der SPD erhält an seine Dienstverrichtungen ein Schreiben, in dem es heißt:

„Wir wollen mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Partei den Kampf gegen den Volksentscheid vollkommen ablehnen.“

Der neue Oberleiter der Klassejustiz

Herr Eberweyer, der Oberleitersektor, will demnächst in den Aufgaben, die er das entsprechende Amt erfüllt hat. Er kann sich auf den Boden, der er als Oberleiter der sozialdemokratischen Klassejustiz nicht erworben hat, in einem friedlichen Ablauf austauschen. Nun steht die Frage seines Nachfolgers zur Besetzung. In der republikanischen Presse vor der Schwarzen Goldene Farbe ist gewisslich ähnlich viel Empörung, da als Nachfolger von Eberweyer ein Herr vorzugehen ist, der noch schwärmerisch als sein Vorgänger ist. Es ist dies der Ministerialrat Dr. Werner aus dem Justizministerium. Er ist durch die Einheit des Staatssekretärs Leo, des entstehenden Mannes im Justizministerium, der dort den gesamten reaktionären Kurs setzt, zum auseinanderdriftenden Kandidaten nominiert. Die KPD leitet, zum auseinanderdriftenden Kandidaten nominiert. Die Reichsbannerleiter kommen, daß es doch noch viele andere rechte Kandidaten in Deutschland geben kann, die nicht als sozialdemokratische Kandidaten den wichtigsten und einflussreichsten Posten der Justiz übertragen könnte. Die KPD haben unrealistische Vorstellungen darüber, daß oberster Richter in der Schwarzen Goldene Farbe zu sein, als der Ministerialrat Hindenburg-Republik zu sein, als der Ministerialrat Werner, der dem Kabinett Kabinett des juristischen Gutachten Werner, auf Grund dessen dieses Jurist Verhandlungsbruch der Reaktionen gegen die sozialdemokratischen Flaggeneide herausdrohte. Den rechten Kurs an die rechte Stelle!

Die Arbeiterschaft will gegen die Klassejustiz kämpfen, ob nun Herr Werner, Herr Oberleiter oder an ihrer Stelle ein sozialdemokratisches Republikaner mit der Schwarzen Goldenen Farbe steht, weil sie keine Klassejustiz im Interesse der Herrschaft steht, weil sie keine Klassejustiz ist. Die Arbeiterschaft fordert auch Dienstverrichtungen ein Schreiben, in dem es heißt:

„Wir wollen mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Partei den Kampf gegen den Volksentscheid vollkommen ablehnen.“